Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Sonntags. Bezugspreis monatlich 4,50 M., bei der Post 4,67 M., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreis: 1 mm hohe, 35 mm breite Zeile 30 Pfg. Wohnungs- und Stellengesuche 20 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß lt. Tarif. Jeder Rabatt fällt bei Konkursen, Zwangsvergleichen, gerichtlichen Klagen u. Nichtbeachten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt den Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß ihren Bedingungen **300 Mark Unfall.**

Druck u. Verlag v. Carl Braus, Schwerte (Ruhr)

Fernsprecher 62. Telegramm-Adresse: Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonto 2852 Köln.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr 133. **Mittwoch, den 9. Juni 1920.** **53. Jahrgang.**

Das Wahlergebnis.

WTB Berlin, 9. Juni. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden, davon entfallen auf die Mehrheitssozialisten 5 331 157, die Unabhängigen 4 809 862, die Deutschnationalen 3 638 851, die Deutsche Volkspartei 3 456 131, Zentrum 3 500 800, Deutsche demokratische Partei 2 152 509, christlich-föderative Liste (Bayrische D.-Partei, christl. Volksp.) 1 254 963, Kommunisten 458 199, Deutsch-hannoversche Partei 318 194. Bei der Berechnung ergab sich, daß von den Reststimmen über 30 000 je ein Mandat auf die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei und die christlich föderalistische Liste fielen.

Im übrigen verteilen sich die Reststimmen folgendermaßen: 11 137 Mehrheitssozialisten, 20 800 Zentrum, 22 509 deutsche Demokraten, 8851 Deutschnationale, 16 131 Deutsche Volkspartei, 9862 Unabhängige, 15 963 christl. föderalistische Liste, 18 103 Deutsch-Hannov., 18 199 Kommunisten, 87 518 Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land. — Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 433 Abgeordnete zählen wird.

Die Verteilung der Mandate.

WTB Berlin, 8. Juni. Nach den bis 8 Uhr abends vorliegenden vorläufigen amtlichen Berichten über die Reichstagswahlen ergibt sich einschließlich der Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten, sowie aus der Verrechnung der Reststimmen aus den Wahlkreisverbänden und auf die Reichswahlvorschläge folgendes Bild des neuen Reichstages: Gewählt sind danach 433 Abgeordnete. Davon haben erhalten die Sozialdemokratische Partei 164 (davon 7 aus der Reichswahlliste), die Unabhängigen 77 (8), die Kommunisten 2 (1), die Demokraten 43 (8), das Zentrum 65 (6), die Deutsche Volkspartei 58 (6), die Deutschnationale Volkspartei 61 (9) Mandate, darunter 2 Thüringer Bauernbund, 1 Hessischer Bauernbund und 1 Württembergische Bürgerpartei. Ferner entfallen auf die schleswig-holsteinischen Bauern und Landarbeiter (Demokraten) 1, auf die Welfen 5, auf die Bayrische Volkspartei 12, auf den Bauernbund 2 und auf den Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund 3 Abgeordnete.

Im Jahre 1919 wählten 30 524 848 Personen von 35 Millionen Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung betrug also im ganzen annähernd 85 Prozent, 4 Millionen Wahlberechtigte haben aber doch noch trotz der leidenschaftlichen Erregung jener Zeit beiseite gestanden. 30 400 344 Stimmen waren damals gültig. Sie verteilen sich, nach der Stärke geordnet, auf die Parteien wie folgt:

1. Mehrheitssozialdemokraten 11 509 048 Stimmen, gleich 37,9 Prozent.
2. Zentrum 5 980 216 Stimmen, gleich 19,7 Pr.
3. Demokraten 5 641 825 Stimmen, gleich 18,5 Prozent.
4. Deutschnationale 3 121 479 Stimmen, gleich 10,3 Prozent.
5. Unabh. Sozialdemokraten 2 317 290 Stimmen gleich 7,6 Prozent.
6. Deutsche Volkspartei 1 345 638 Stimmen gleich 4,4 Prozent.
7. Sonstige Parteien 484 848 Stimmen gleich 1,6 Prozent.

Es erhielten danach:

1. Mehrheitssozialdemokraten 163 Mandate,
2. Zentrum 91 Mandate,
3. Demokraten 75 Mandate,
4. Deutschnationale 44 Mandate,
5. Unabhängige Sozialdemokraten 22 Mandate,
6. Deutsche Volkspartei 19 Mandate,
7. Sonstige Parteien 7 Mandate.

Diesmal ist die Mandatsziffer nicht im voraus bestimmt. Auf je 60 000 Stimmen entfällt ein Mandat. Ueberschießende Stimmen werden für die sogenannte Reichsliste aufgezählt und auf je weitere 60 000 Stimmen entfällt ein weiterer Kandidat der betreffenden Partei.

Die neuen Abgeordneten.

Unter den gewählten Abgeordneten befinden sich folgende bekannte Namen:

Sozialdemokraten: Scheidemann, Staatspräsident Ulrich, Dr. David, Bernstein, Wissell, Loebe, Gustav Bauer, Brey, Otto Braun, Bauer, Schlicke, Berliner Stadtverordnetenvorsteher Heimann, Richard Fischer, Wels, Bürgermeister Stolten-Hamburg, Stücklen, Molkenbuhr, Geck, Schoepflin.

Zentrum: v. Brentano, Imbusch, Trimborn, Giesberts, Dr. Bell, Dr. Hitze, Erzberger, Justizminister Bolz, Fehrenbach, Diez, Minister Wirth.

Deutsche Volkspartei: Professor Kahl, Gesandter v. Kemnitz, Freiherr v. Lersner, Konteradmiral Brüninghaus, Dr. Cremer, Finanzminister Dr. Becker, Dr. Heinze, Dr. Stresemann, v. Kardorff, Marezki, Kurt Sorge, Hugo Stinnes, Klara Wende.

Deutschnationale: Laverrenz, Dr. Helfferich, badischer Minister Dürringer, v. Graefe, Maltewitz, Herght, v. Delbrück, Dr. Roesicke, Justizrat Dietrich.

Kommunisten: Heckert-Chemnitz.

Württembergischer Bauernbund: Vogt.

Demokraten: v. Siemens, Dr. Petersen, Conrad Hausmann, Minister Dietrich, Delius, Gertrud Bäumer, Schücking, Korell, Oberbürgermeister Pelz, Dernburg, Schiffer, Dr. Rießer.

Unabhängige: Kunert, König, Duewell, Bock, Dittmann, Zubeil, Däumig, Dr. Breitscheid, Dr. Rosenfeld, Frau Agnes, Braß, Henke, Frau Zietz, Eichhorn, Ledebour, Chrispien, Adolf Hoffmann, Geyer.

—oOOo—

Landtagswahlen.

Zugleich mit den Reichstagswahlen haben in verschiedenen Freistaaten Landtagswahlen stattgefunden. Sie zeigen ein ähnliches Bild wie die Reichstagswahlen. Wir lassen die vorläufigen Gesamtergebnisse folgen:

Bayern.

Das vorläufige Ergebnis der Landtagswahlen in München ist: K. P. D. 16 613, U. S. P. D. 46 847, S. P. D. 46 138, Dem. 20 158, Bauernbund und Mittelstandspartei 7560, Bayer. Volksp. 82 579, Deutschnational 27 366. **Die Rechtsparteien haben also in München einen Vorsprung vor der Deutschen demokratischen Partei erzielt, die in München eine schwere Niederlage erlitten hat. Große Erfolge erzielte die Bayerische Volkspartei, der ein Drittel aller Stimmen zugefallen ist. Von den sozialistischen Gruppen haben verhältnismäßig am besten abgeschnitten die Unabhängigen, deren Stimmenzahl bedeutend gewachsen ist. Insgesamt beträgt die Zahl der sozialistischen Stimmen aber nur etwa 45 Prozent gegen rund 55 Prozent bei den Rechtsparteien in München.**

Württemberg.

Das Ergebnis der württembergischen Landtagswahlen ist folgendes: Mehrheitssoz. 175 949 Stimmen (452 099 bei den Januarwahlen 1919), Unabhängige 145 288 (10 634), Deutschnational (Bürgerpartei und Bauernbund) 295 998 (200 223), D. V.-Partei 37 269 (0), Kommunisten 33 178 (0), Demokraten 116 475 (328 689) und Zentrum 247 102 (273 200).

Bremen.

Zum Bremischen Landtag sind an Stimmen abgegeben worden für Deutschnat. 9067, D. Vp. 30 751, Zentrum 2812, Berufsständ. Liste 6162, Demokr. 19 978, Mehrheitssozialisten 25 333, Unabh. 46 743 und Kommunisten 7483.

Rücktritt der Regierung.

WTB Berlin, 8. Juni. Das Reichskabinett hat sich heute mittag um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres ihre Geschäfte weiter zu führen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, daß eine möglichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses erfolge und die Einberufung des Reichstages möglichst bald stattfinden möge.

—oOOo—

Nach der Wahl!

Bis zur aktenmäßigen Feststellung des Ergebnisses der Reichstagswahlen werden noch einige Tage vergehen, aber es kann kein Zweifel sein, daß die neuen Aufgaben, die an die Volksvertretung herantreten werden, zum Teil neue Männer erfordern werden. Es ist absolut unmöglich, daß zum Herbst die Kohlen 25 M., die Kartoffeln 30 M. für den Zentner kosten und die wöchentlichen Rationspreise für Brot, Fleisch und Fett sich gleichfalls noch erhöhen sollen. Und dazu dann noch die Folgen der Weltkrisis und Geschäftsstockung, sowie die Steuerlasten. Das ist schlechterdings nicht auszuhalten. Mit dem Abbau der Preise und der freien Wirtschaft muß es also Ernst werden. Statistik und theoretische Wissenschaft sind wertvolle Errungenschaften, aber wenn sie in die Praxis umgewandelt werden sollten, haben sie noch niemals gestimmt. Es haperte stets. Im Weltkriege, der in seiner riesigen Ausdehnung und mit seiner Geld- und Ernährungswirtschaft einfach für unmöglich erklärt worden war, haben wir das recht gemerkt, daß die sozialistischen Theorien sich nicht verwirklichen lassen, haben wir an den unerträglichen Preisen und dem bei Tausenden gesteigerten Mangel erkannt. So ist die freie Wirtschaft und der Abbau der Preise lange nicht so sehr Sache der Valutabesserung, obwohl sie gewiß viel hilft, als der Zahl der gebrauchten Arbeitskräfte und der notwendigen Arbeitsstunden.

Nun wird gesagt, das Ausland wird uns nicht so viel Rohmaterial liefern, als wie brauchen, damit jeder so arbeiten kann, wie er will. Wenn die Höhe der Kriegsentschädigungsfrage erledigt ist, und wir dann imstande bleiben, unseren Bedarf an Rohmaterialien bezahlen zu können, dann bekommen wir sie auch. Sehr wahrscheinlich wird uns das Geld trotz aller Hilfszusicherungen nicht so flüssig sein, wie wir es gebrauchen, aber es gibt auch eine Triebkraft, die dazu beiträgt, es zu vermehren. Und diese Triebkraft ist die Arbeitsfreude, die vor dem Kriege und auch im Kriege technische und merkantile Hexenmeister gemacht hat, die damit auf dem Wege ihrer redlichen Arbeit bedeutende Summen verdient haben.

Diese Arbeitsfreudigkeit, die Tausende von deutschen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren zu geschätzten Erfindern gemacht hat, ist unter den Einflüssen des leidigen Haders abgeebbt. Es fehlte an Ruhe und Sammlung, um die Fähigkeiten auszunützen, die in den Köpfen der tüchtigen Arbeiter schlummerten. Der Streit um politische Theorien erschien wichtiger, wie das stolze Hervortreten mit eigenen Leistungen. Dieses geniale Mitarbeiten aller Angehörigen der Industrie an der Schaffung von Neuem und an der Vervollkommnung von Bestehenden ist es mit gewesen, das der deutschen Industrie in vielen Branchen die Höhe der Spezialisierung und den Vorsprung vor den Schablonen-Artikeln der Amerikaner und Engländer gegeben hatte, den wir auch wieder erreichen müssen. Haben wir den von neuem erreicht, schafft der Erfindergeist und Arbeit, Technik und Wissenschaft Großes wie es vor dem Kriege und im Kriege geschehen ist, dann, aber auch nur dann, brauchen wir keine Not um Lieferung von Rohmaterialien und um **gute Bezahlung von fertigen Waren zu haben.** Neues und Gutes wird stets gekauft. Dazu gelangen wir aber nicht mit grauen Theorien, sondern mit der lebendigen Arbeitsfreude, die Geist und Fleisch in gleichem Maße willig und leistungsfähig macht.

—oOOo—

Der Reichswirtschaftsminister über die Lage.

Im Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium fand eine Aussprache über die durch die Valutaverbesserung eingetretene Geschäftsordnung statt. Reichswirtschaftsminister Schmidt führte aus: Die Umstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft kann sich nicht glatt vollziehen. Es geht bei der Heilung volkswirtschaftlicher Krankheiten genau wie bei der Medizin, auch hier ist es leichter, die Krankheit festzustellen, als das allein richtige Heilmittel zu finden. Auf die Lage im Bergbau eingehend, führte der Minister aus, den Belegschaftsziffern vom Ende 1919 mit 629 000 Mann im Steinkohlenbergbau ständen Ende Januar 730 000 Mann gegenüber. Bis zum April sei diese Zahl noch erheblich gestiegen. Allerdings habe die Leistungsfähigkeit damit nicht gleichen Schritt gehalten. Man müsse aber hierbei auf die schlechte Ernährungslage der Arbeiter und den schlechten Zustand der Förderungseinrichtungen in Betracht ziehen. Auch im Transportwesen hätten wir mit schlimmen Verhältnissen zu rechnen, aber auch hier habe sich eine Besserung gezeigt, und man könne hoffen, daß man bald wieder zu normalen Verhältnissen zurückkommen werde. Am schlimmsten treffe unsere Volkswirtschaft der Mangel an Kontrolle für die Ein- und Ausfuhr. Um das Loch im Westen zu schließen, war die Einsetzung eines großen Verwaltungsapparates notwendig. Nach Einführung der Kontrolle ist in einem Monat von einer Auffangsstelle Ware im Werte von 11 Millionen Mark beschlagnahmt worden. Die Selbstverwaltungskörper, in die sich leider die Bureaukratie eingeschlichen hat, müssen natürlich erst ihre Erfahrungen sammeln. Die ungeheuren Konjunkturgewinne, die früher erzielt worden sind, sind eine ganz unerfreuliche Erscheinung. Sobald das Loch im Westen verstopft war, sind wir dazu übergegangen, die unzweifelhaft begründeten Ausfuhrabgaben durchzuführen, aber wir sind damit sehr spät gekommen. Der Stand unseres Außenhandels macht uns die schwersten Sorgen. Für die zurückliegende Zeit war es aber ganz unmöglich, eine aktive Zahlungsbilanz durchzusetzen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man zunächst ohne alle Rücksicht für eine Besserung der Ernährung der Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, sorgen muß. Als die Valuta so jäh heruntergiing, hat die Einkaufstätigkeit des Reiches eingeschränkt werden müssen. Eine recht unerfreuliche Erscheinung war auch die Geldflucht nach dem Auslande. Die Besserung des Kursstandes der Mark ist zurückzuführen auf die Verstopfung des Loches im Westen und auf das Hinausgeben von industriellen Werten und Stadtobligationen nach dem Auslande, vor allem aber auch in dem erhöhten Vertrauen des Auslandes auf die deutsche Wirtschaft. Mit der Besserung der Valuta haben wir gleichzeitig vielfach ein Sinken der Preise im Auslande zu verzeichnen. Diese Erscheinung muß natürlich in unserem Wirtschaftsleben eine ungeheure Wirkung auslösen. Wo wir jetzt noch eine gewisse Spannung zwischen Inlands- und Auslandspreisen haben, können wir uns die Sache noch nicht ansehen, deshalb haben wir uns auch gesträubt, den Kohlenpreis an den Weltmarktpreis heranzubringen, denn dann hätten wir jetzt fünfmal so hohe Preise für Kohlen. Es war die unabweisbare Aufgabe der deutschen Wirtschaft, die Preise niedrig zu halten. Die ungesunde Ueberkapitalisierung war das verkehrteste, was geschehen konnte. Es ist auch durchaus ungesund, daß landwirtschaftliche Betriebe bei ihrer Besitzübereignung auf das Vier- bis Fünffache bewertet werden. Auch die jetzigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind auf die Dauer nicht zu halten, denn wir

werden den Druck des ausländischen Marktes auf die Landwirtschaft fühlen und der Ruf nach Schutzzöllen wird wieder erschallen. Ob aber ein republikanischer und demokratischer Staat auf diesem Wege helfen wird, ist mehr als fraglich. Die Durchführung des genossenschaftlichen Gedankens in der Agrarpolitik muß unsere Aufgabe sein. Der Preisrückgang in der Industrie ist notwendig und seine Folgen müssen überwunden werden, selbst wenn wir dadurch auch vorübergehend zur Arbeitslosigkeit kommen. Wir können nicht anders aus der Krise herauskommen, als daß wir die Preise in Einklang bringen mit den natürlichen Gestehungskosten der Waren.

—00000—

Deutsch-französische Wirtschaftskonferenz.

Ein Mitarbeiter des „Echo de Paris" hatte eine Unterredung mit dem Handelsminister Isaac über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Der Minister hofft, daß sofort nach Rückkehr der deutschen Delegierten nach Paris die Verhandlungen wieder aufgenommen werden und zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt werden mögen. Die Wirtschaftskonferenz sei vollständig unnabhängig von der Konferenz von Spaa. Das gemeinsame Interesse fordere, daß die hauptsächlichsten Industrien ihre Produktion nach Möglichkeit steigern. Auf dieser Basis habe man sich geeinigt, und es werden keinerlei politische Fragen auch selbst die nicht von der Auslegung des Versailler Friedensvertrages gestreift. Auf eine Frage des Journalisten, von wem die Anregung zu dieser Konferenz ausgegangen sei, erklärte der Minister, die erste Anregung hätten die Deutschen gegeben, und die Franzosen hätten geantwortet, daß sie Sachverständige antreffen würden. Innerhalb der Konferenz sind vier Gruppen gebildet worden: 1. metallurgische Industrie einschließlich Kohlen und Minerale, 2. chemische Produkte und Farbstoffe, 3 Maschinenbau und 4. allgemeiner Handel.

—00000—

Aufruhr in Albanien.

Aus Podgoritza wird gemeldet: Vor drei Tagen ist in ganz Albanien ein Aufstand ausgebrochen, um die albanische Nationalregierung in Tirana, die von Italien unterstützt wird, zu stürzen. Bei Alessio wurde ein italienisches Bataillon von den Aufständigen aufgerieben. Zwei italienische Schiffe bombardierten darauf die Stadt Alessio.

Aus Skutari wird gemeldet: Der Aufstand gegen die albanische Regierung in Tirana nimmt an Umfang zu. Bei Broia kam es gestern zwischen Aufständischen und Regierungstruppen zu blutigen Zusammenstößen, bei denen mehrere Tote auf dem Platze blieben. Die Aufständischen griffen italienische Truppen, die man aus Skutari zu Hilfe sandte, bei Vusati an, wobei auf italienischer Seite 372 Mann (unter ihnen ein Major) fielen. Die Aufständischen machten reiche Beute an Lebensmitteln und Kriegsmaterial.

Aus Podgoritza wird gemeldet: Immer offenkundiger wird die Absicht, die Italiener aus Walona und den Orten der Umgebung von Walona zu vertreiben. Bei Tepeleni griffen die Aufständischen die Italiener an, die sie mit Geschützfeuer empfingen, worauf sich die Albaner zurückziehen mußten. Ein abermaliger Angriff der Albaner gegen Tepeleni war jedoch erfolgreich. Die Italiener wurden aus der Stadt vertrieben. 400 Gefangene und Kriegsmaterial blieben in den Händen der Albaner. Die Städte Premeti und Broza wurden ebenfalls genommen. Jetzt befinden sich die Aufständischen vor Walona, wohin sich die italienischen Truppen aus der Umgebung zurückgezogen haben. Die Umgebung von Walona wird mit Stacheldraht und Drahtverhauen zur Verteidigung vorbereitet.

—00000—

Japan und Rußland

Unverhüllte Annexionsgelüste Japans.

Die Semstwos von Wladiwostok haben eine Erklärung veröffentlicht, in welcher gesagt wird, daß die Demokraten im fernen Osten beschlossen haben, einen unabhängigen Staat zu bilden, zu welchem Transbaikalien, die Amurprovinz, Sachalin und Kamtschatka gehören sollen. Als Hindernis der Ausführung dieser Absicht steht die Zusammenziehung der Truppen Semenoffs bei Tschita entgegen, wodurch die Regierung des neuen Staates in Werchne Udinsk von Wladiwostok abgeschnitten ist. Diese russischen Truppen werden von Japan unterstützt. Japan hat aber erklärt, die neue Republik anerkennen zu wollen, wenn sie in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung von Moskau unabhängig ist. Die Sowjet-Regierung hat ihrerseits die Republik als unabhängig anerkannt. Infolgedessen sieht die Regierung von Werchne Udinsk die Bedingungen als erfüllt an und hat die Japaner gebeten, die Sperre bei Tschita zu beseitigen, was aber bisher noch nicht geschehen ist. Es ist noch keine Antwort der japanischen Regierung eingetroffen.

—00000—

Die Knebelung Irlands

London, 8. Juni. Gestern hat das englische Kabinett unter Vorsitz von Lloyd George die durch den irischen Boykott entstandene neue Lage in Irland besprochen. Munitions- und Militärtransporte sind seit acht Tagen in Irland nicht mehr möglich, weil der Boykott so strikte durchgeführt wird, daß selbst die Lebensmittel für die Truppen nicht befördert werden. Als die Truppen in einigen Orten Lebensmittel requirieren wollten, wurden sie von den Bauern mit Drohungen empfangen, sodaß erst Verstärkungen herbeigeholt werden mußten. Lord French empfiehlt dringendst die schärfsten Maßnahmen, die aber nur durch ein starkes Militäraufgebot möglich sind. Churchill hält dies für ganz ausgeschlossen und meint, nur unter voller Berücksichtigung der äußeren Politik dürfe die irische Bewegung in Schach gehalten werden. Zu Verstärkungen konnte sich das Kabinett nicht entschließen. Die militärischen Transporte sollen vorläufig durch die Truppen selbst ausgeführt werden, wozu die Marine in größerem Maße herangezogen werden soll. Nach Frenchs Angaben ist dann Sabotage zu befürchten, die recht gefährlich werden kann für die Truppen, die die Transporte ausführen müssen.

Die Lage in Irland hat sich neuerdings verschärft, so daß die Regierung ihre Truppentransporte beschleunigt. Es sind bedeutende Verstärkungen eingetroffen, darunter 1200 Mann Kavallerie. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde eine Anzahl weitere Attentate verübt, unter anderm wurden acht Polizeikasernen erstürmt. Besonders erschwert wird die Landung von Truppen durch die Angriffe der Sinn-Feiner auf die Signalstationen und die Posten der Küstenwache. Im Unterhause wurde ein Zusatzantrag zur Homerule-Vorlage angenommen, durch den die Kontrollfrist der englischen Polizei über Irland nach Inkrafttreten der Vorlage von drei auf sechs Jahre erhöht wird. — Wie die „Central News" aus Neuyork berichten, hat in Washington eine Gruppe irlandfreundlicher Amerikaner eine Kundgebung gegen England veranlaßt und dabei die englische Fahne verbrannt.

—00000—

Erhöhung der Schlachtviehpreise.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die den Landwirten bisher gezahlten Viehpreise entsprechen in keiner Weise den gesteigerten Produktionskosten. Vorübergehend wurde ein Ausgleich durch die Häutezuschläge geschaffen, die den Viehbesitzern nach dem hohen Ansteigen der Häutepreise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft für Häute und Leder gezahlt werden konnten. Nach dem jetzt eingetretenen Sturz der Häutepreise ist wieder ein starkes Mißverhältnis zwischen den Schlachtviehpreisen und den tatsächlichen Gestehungskosten entstanden, das ein fast völliges Stocken der Schlachtviehaufbringung zur Folge hatte. Zur Wiederherstellung der Schlachtviehaufbringung im Inlande bedurfte es daher einer schleunigen Erhöhung der Schlachtviehpreise, die den Produktionskosten Rechnung trägt. Dieses ist durch Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft über die Preise für Schlachtvieh vom 4. Juni 1920 geschehen. Nach dieser Festsetzung der Viehpreise kommt die Zuweisung eines Häutemehrerlöses, die als schwankender Faktor nie befriedigte und zu dauernden Störungen der Schlachtviehaufbringung geführt hat, durch die Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 4. Juni 1920 in Fortfall. Der Häutemehrerlös kommt jetzt dem Erzeuger der Tiere zugute und ist von den Kommunalverbänden bei der Festsetzung des Kleinhandelspreises zu berücksichtigen.

Von der nunmehr eingetretenen Erhöhung der Schlachtviehpreise ist eine wesentliche Verbesserung der Schlachtviehaufbringung zu erwarten, die um so nötiger ist, als die Einfuhr von Auslandsfleisch bei den hohen für dieses Fleisch zu zahlenden Preisen und den hohen Verbilligungszuschüssen, die das Reich zu zahlen hat, nach Möglichkeit einzuschränken ist. Auch die Richtpreise für Schlachtpferde standen seit längerer Zeit nicht mehr im Einklang mit den tatsächlichen Verhältnissen, ein Uebelstand, unter dem besonders das ehrliche Roßschlächtergewerbe zu leiden hatte. Es ist daher durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 4. Juni 1920 ein erhöhter einheitlicher Richtpreis für Schlachtpferde, nämlich 200 Mark für den Zentner Lebendgewicht, festgesetzt worden. Da die Bestimmungen über den Häutemehrerlös außer Kraft gesetzt sind, ist in den neuen Richtpreisen auch der Wert der Haut eingeschlossen. Um den Verbraucher vor Täuschung und Uebervorteilung zu schützen, ist ferner in Ergänzung der bisherigen Bestimmungen die Herstellung einer Blutwurst unter Vermengung von Pferdefleisch mit anderen Fleischarten verboten worden.

—00000—

Die Papiergeldflut.

Nach dem letzten Wochenausweis der Reichsbank gestaltete sich die Entwickelung des Zahlungsmittelumlaufs wiederum überaus ungünstig. Der Banknotenumlauf stieg in der Berichtswoche um 889,3 Millionen Mark auf 50 016,7 Millionen Mk., während an Darlehenskassenscheinen ein geringfügiger Betrag, nämlich 0,9 Millionen Mark in die Kassen der Bank zurückströmte (Gesamtumlauf 13 567,2 Millionen Mark), so daß die Ausdehnung des Umlaufs an diesen papiernen Zahlungsmitteln zusammengenommen 888,4 Millionen Mark betrug. In der letzten Maiwoche des Vorjahres war der Abfluß noch stärker gewesen, da an Banknoten und Darlehnskassenscheinen insgesamt 952 Millionen Mark gegenüber 521,6 Millionen Mark resp. 314,5 Millionen Mark in den Vergleichszeiten der Jahre 1918 und 1917 in den Verkehr gegeben werden mußten. Die Bestände an Reichskassenscheinen stiegen um 0,8 Millionen Mark; die Vorräte an Gold und Scheidemünzen sind wie üblich fast unverändert geblieben. Es sind also 63 Milliarden 563 Millionen Mark Papiergeld im Umlauf.

—00000—

Für die Veteranen.

Der Abg. Andre (3.) hat anläßlich der Beratungen des neuen Reichsversorgungsgesetzes für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zugunsten der Veteranen folgende Entschließung eingebracht: Durch den Entwurf des Reichsversorgungsgesetzes hat die Reichsregierung die große Notlage der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen des letzten großen Krieges anerkannt. In ähnlicher Notlage befinden sich aber auch viele erwerbsunfähige oder ganz erheblich erwerbsbeschränkte Krieger von früher. Es ist Pflicht der Regierung, diesen zu helfen. Die Nationalversammlung richtet daher an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, den Rentenempfängern und Kriegsteilnehmern aus früheren Kriegen möglichst bald Hilfe zu bringen. Der soziale Ausschuß der Nationalversammlung, wie diese selbst, nahm den Antrag Andre einstimmig an. Die Regierung sagte Berücksichtigung zu.

—00000—

Aus Stadt und Land.

** Schwerte, 9. Juni.

** **(Die Heuernte beginnt,)** die Spargelernte geht zu Ende. Die Sense klingt auf den Wiesen, und bald tummeln sich die Mädchen, das frisch geschnittene Gras zu wenden, um seine schnelle Verwandlung in Viehfutter herbeizuführen, das für die Milch- und Butterlieferung besonders wichtig ist. Der Laie erkennt keinen großen Unterschied zwischen dem Wiesenbestand, der Landwirt erkennt aber aus einzelnen Kräutern schon die Güte des Wachstums. Und erst recht wissen die Tiere damit Bescheid, die sehr genau das Heu von nassen, sauren und guten Wiesen zu unterscheiden wissen.

** **(Postnachnahme ist keine Wertangabe.)** In weiten Kreisen der Oeffentlichkeit ist noch immer die Ansicht verbreitet, daß, wenn man eine Postsendung unter Nachnahme verschickt, die Post im Falle des Verlustes oder der Beschädigung dafür wie bei einer Wertsendung Ersatz leiste. Dies trifft nicht zu. Die Angabe eines Nachnahmebetrages gilt für die Post nicht als Wertangabe. Nachnahmesendungen werden bei der Post nur dann als Wertsendung behandelt, wenn auf ihnen außerdem noch ein Wert angegeben ist.

** **(Die Ablieferung von deutschem Vieh.)** Von dem deutscherseits an Frankreich abzuliefernden Vieh sind bis zum 1. Juni abgeliefert worden: 42 253 Rinder, 67 475 Schafe, 7875 Ziegen und 7176 Pferde und Stuten.

** **(Vorschußzahlungen an Altpensionäre.)** Das Reichsfinanzministerium hat angeordnet, daß zur sofortigen Beseitigung der Notlage allen Altpensi-

---

Taifun.

Roman von Heinz E'Monts.

87) (Nachdruck verboten.)

Ein Ausruf des Bootsmanns störte ihn aus seinen Sinnen.

Mit ausgestrecktem Arm deutete der junge Mann nach Süden, wo in regelmäßigen Zwischenräumen ein weißer Lichtstrahl über die Eiskimme emporbrach und scharf, wie eine Nadel sich in die mattblinkenden Wolken bohrte.

„Dort! dort! Das muß ein Signal sein. Ein Signal von Menschen vielleicht, von Menschen vielleicht, die nach der „Butterfly" suchen und sich durch diese Lichtzeichen bemerkbar machen wollen."

Ungläubig folgte der Lord der angegebenen Richtung.

Menschen, die nach der „Butterfly" suchten? Absurder Gedanke. Wer sollte — — der Mann lächelte bitter — vielleicht die Lady der — —

Und doch! es konnte kein Zweifel bestehen. Dort in der Ferne, tief unter dem Horizont wurden mittels eines Heliographen Signale an die Wolken geworfen. Diese Art der Verständigung über kolossale Entfernungen hin war ihm sehr wohl bekannt, und er bedauerte nur lebhaft, daß ihm die Zeichen des anscheinend benutzten Morse-Alphabets nicht geläufig waren.

„Man sucht uns, Sir! Sehen Sie nur, man signalisiert unaufhörlich das Wort „Butterfly". Und nun — da — H—o—l—d—a—y; Ihren Namen, Sir Holday."

Es war William Orth, der mit blitzenden Augen in die immer wieder aufspringende Lichtnadel sah und sich auf der Handfläche den Sinn der Zeichen vergegenwärtigte. Aus Liebhaberei hatte er einst das Morse-Alphabet erlernt, ohne auch nur im entferntesten zu ahnen, welch wichtigen Dienst ihm diese Kenntnis einmal leisten sollte.

Gab das eine Aufregung. Man war wie toll vor Freude, fiel sich gegenseitig in die Arme, und Theddy Franlyn küßte den Steward ab, wie er selbst in jungen Jahren nie geküßt.

William Orth, ja, das war einer! Darüber waren sich alle Stimmen einig, und man sang das Lob des jungen Mannes in allen Tonarten.

Bald gelang es auch, mit den unbekannten Rettern da draußen in Verbindung zu treten. Bob Daylen, der Ingenieur der „Butterfly," improvisierte aus dem Prisma eines Fernrohrs einen Apparat, der recht brauchbar zu sein schien.

Hier Holday! Unaufhörlich sprang der wenn auch etwas schwache Lichtstrahl ins Unbegrenzte. Mit angehaltenem Atem hingen die Männer am Horizont.

Da!

Ruhig und gelassen notierte Orth die fern aufleuchtende Antwort. Keine Wimper zuckte, nichts verriet den Sturm der Aufregung, der im Innern des jungen Mannes haushoch seine Garben warf.

Es dauerte lange, sehr lange. Endlich präsentierte er dem Lord den auf einem Blatt niedergeschriebenen Inhalt der Depesche.

Jacht „Windward" — an Bord Kapitän und Lady Holday — weiteres Vordringen zu Schiff unmöglich — kommen mit Hundeschlitten über das Eis — durch Signale Richtung angeben.

Tiefe Stille, weihevolle Stille! Vielleicht ein stummes Gebet in den Herzen all dieser sturmerprobten Männer. Lohende Fackeln in den Augen, auf den Wangen und über den harten Zügen das flammende Rot einer ungemessenen, himmelanstrebenden Freude.

Da warf Tommy Haws seine struppige Pelzmütze in die Luft.

„Ein Hurra für William Orth; ein Hurra für die „Windward", für Kapitän und Lady Holday — hipp hipp hurra!"

Und jubelnd fielen die andern ein, jubelnd wie Kinder zum Weihnachtstand, und schüttelten William Orth die Rechte. Er sei ein ganzer Kerl, ein ganzer Kerl!

Nur Sir Holday war totenbleich geworden und wandte sich schweigend ab.

„Die Lady auf der Suche nach mir," stieß er aus zusammengepreßten Lippen hervor, „das bedeutet neues Unheil. Allein, ich werde ihm zu begegnen wissen."

Schweigend trat er in die Hütte. Dort saß er stundenlang in Grübeln und Brüten, die Arme verschränkt über der kleinen Kassette, in welcher die so kostbaren Dokumente geborgen waren.

Draußen sprang unaufhörlich der gleißende Strahl des Heliographen hinauf zum Himmel. Die Leute verkürzten sich die bleiernen Stunden des Wartens, indem sie fortgesetzt sich mit der „Windward" verständigten und kurze Nachrichten austauschten über Wohl und Wehe.

Einmal noch hatte William Orth Sir Holday die Meldung überbracht, „daß die Schlitten von der „Windward" aufgebrochen seien. Kapitän Holday selbst leite die Fahrt, und — —"

Da hatte der Lord nervös abgewinkt. Er bitte sich nur Nachricht aus, wenn die Schlitten in Sicht kämen.

Dann ging er wieder mit unruhigen Schritten in der kleinen Kabine auf und ab. Mit innerem Grauen empfand er, wie schon die bloße Nähe der Lady die guten Vorsätze über den Haufen zu werfen drohten. Der Gedanke, dem einst geliebten Weibe Aug' in Auge gegenüberzustehen, erfüllte ihn mit lähmendem Entsetzen. Und er wollte, er mußte doch endlich sich freimachen von der entsetzlichen Kette, die er nun seit zwei Jahren mit sich herumschleppte.

Dies war auch der Grund, weshalb er dem Steward die Rede abschnitt. Wenn sie sich wirklich bei den Schlitten befand, dann war es immer noch früh genug, dies im Moment der Ankunft zu erfahren.

Erst am nächstfolgenden Abend wurde die kleine Expedition der „Windward" gesichtet.

In das furchtbare, die Augen ermüdende Blitzen und Glitzern schoben sich dunkle Punkte, die sich rasch vergrößerten. Man unterschied bald eine Anzahl von Schlitten, die mit sechs bis acht Hunden bespannt, in jagender Fahrt heranfegten. Und gerade, als die Mitternachtssonne ihren tiefsten Stand erreichte und etwas griesgrämlich überlegte, ob sie nicht am Ende doch untertauchen solle hinter die sanften Linien von Kap Payer, da hemmten die Schlittenlenker dicht bei dem Blockhaus mit lautem Zuruf die tolle Jagd der sich überkugelnden und überschlagenden, langzottigen Hunde.

Von Fieberschauern durchtobt, hatte Lord Holday das Nahen der Schlitten verfolgt. Und nun stand der Vetter ihm gegenüber, mit lachenden Augen und freudig bewegten Zügen.

„Gott sei Dank, daß wir Sie haben, mein lieber Vetter. Das sind ja tolle Geschichten, die Sie uns anrichten. Wir gaben für Ihr Leben keinen Sixpence mehr. Die herzlichsten Grüße von Ihrer Frau. Sie wollte durchaus mit, allein es schien mir doch etwas gewagt, eine Dame über das Eis zu schleppen. Also gedulden Sie sich. Uebrigens ein Prachtweib, Ihre Frau. Sie hat die Expedition allein in die Wege geleitet, und mir blieb nichts zu tun, als das Kommando der gemieteten „Windward" zu übernehmen."

Er hielt die Rechte des Lords in seinen derb behandschuhten Fäusten und wunderte sich über die Eiseskälte dieser Hand, die selbst durch die dicke Wollhülle zu fühlen war.

(Fortsetzung folgt.)

onären und Hinterbliebenen mit Rückwirkung vom 1. April 1920 an bis zu der in Aussicht stehenden gesetzlichen Regelung der Bezüge und unter späterer Anrechnung auf diese 50 v. H. der bisher zuständigen Pensionen als Vorschuß gezahlt wird. Als Altpensionäre gelten alle mit Wirkung vom 1. April 1920 oder einem früheren Zeitpunkt pensionierten Offiziere und Beamte. Ein Pensionsergänzungsgesetz, das über die Zuschüsse zu den Bezügen der Altpensionäre und Althinterbliebenen sowie über die Bewilligung von Kindern- und Teuerungszuschlägen Bestimmungen treffen und ebenfalls mit Wirkung vom 1. April 1920 an in Kraft treten soll, wird dem neuen Reichstag sogleich nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden.

** **(Zum Kreisschulinspektor)** für die evangel. Schulen des Kreises Hörde wurde vom Minister der Mittelschullehrer und Schriftsteller Dr. phil. Appens aus Dortmund ernannt. Der Gewählte wird sein neues Amt am 1. Juli mit dem Sitz in Hörde antreten.

** **(Einen Konzert-Abend)** veranstaltet der M.-G.-V. „Cäcilia" unter Leitung des Musikdirektors Hanemann am Samstag, 19. ds. Mts., im Hotel Ostermann unter Mitwirkung der Herren Konzertsänger Jul. Gleigner-Essen und Paul Lehmann-Essen, Konzertmeister des Essener städt. Orchesters. Die reichhaltige Vortragsfolge bringt außer prächtigen Männerchören verschiedene Geigensoli und eine Anzahl Lieder zur Laute. Wir machen schon jetzt auf den genußreichen und interessanten Abend aufmerksam und bemerken noch, daß es sich um ein Stuhlkonzert handelt und die Plätze sämtlich numeriert sind.

** **(Westfälische Religionslehrerversammlung.)** Am 3. Juni fand die 30. Jahresversammlung der evangelischen Religionslehrer an den höheren Schulen Westfalens in Hamm statt. Das Provinzialschulkollegium hatte Geheimrat Dr. Schlüter, die evangelisch-theologische Fakultät der Universität Münster den Geheimrat D. Rothstein, das Konsistorium Konsistorialrat Kähler entsandt. Die Versammlung war sehr gut besucht, und fast alle westfälischen Städte hatten Vertreter entsandt. Geheimrat Eickhoff-Hamm leitete die Versammlung. Zunächst wurde über die Behandlung des Religionsunterrichtes auf der letzten Generalsynode in Berlin berichtet. Dann sprach Oberlehrer Seiler-Hagen über die Anforderungen an den Religionslehrer in der Gegenwart im Hinblick auf die Weltanschauungskämpfe der Zeit und Professor Dr. Sellmann-Hagen über die Anforderungen im Hinblick auf die kommende Volkskirche. Die Versammlung tritt für die evangelische Volksschule wie auch für Beibehaltung des evangelischen Charakters der höheren Schulen Westfalens ein, die es statutenmäßig schon immer gewesen sind. Da es Ansicht der Versammlung ist, daß auf dem Gebiete der Schule noch Entscheidungskämpfe ausgekämpft werden müssen, so schließen sich die evangelischen Religionslehrer auf den höhern Schulen Westfalens zu einem festgefügten Verbande zusammen.

** **(Beschlagnahmt.)** Von der Polizeiverwaltung zu Schwerte ist ein Stück Stoff, grauer Drell, drei Meter lang, zwei Meter breit, nachdem zwei Streifen zusammengenäht sind, frisch vom Fenster gerissen und etwas schmutzig, beschlagnahmt. Eigentümer wollen sich melden.

** **(Auf dem heutigen Wochenmarkt)**, der sehr reich beschickt war, wurden nachstehende Preise gezahlt: Spargel Pfund 3,50 M., Blumenkohl Stück 3,50—4,50 M., Gurken Stück 2—3 M., Kirschen Pfd. 3,50—5,00 Mark, Stachelbeeren Pfd. 1,20—1,50 M., Zwiebeln Pfd. 3 M., Stielmus Pfd. 15 Pfg., Salat Kopf 20—30 Pfg., Melde Pfd. 50 Pfg., Apfelsinen Stück 1 M., Zitronen St. 70 Pfg., Fisch Pfund 2,50 Mark.

** **Holzen**, 8. Juni. **(Ein frecher Einbruchsdiebstahl)** wurde in der Wohnung des Lehrers Koch hierselbst ausgeführt. Nach Zertrümmerung eines Kellerfensters sind die Diebe in das Gebäude eingedrungen und haben sämtliche Behältnisse durchsucht. Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wie Herren- und Damenbekleidung, Gardinen, Lebensmittel und ein Jagdgewehr, ließen die Spitzbuben mitgehen. — Dem Invaliden Rud. Spratte zu Buchholz wurde ein kleiner Handwagen mit zerbrochener Felge an einem Rade gestohlen. In beiden Fällen fehlt von den Spitzbuben noch jede Spur.

** **Ergste**, 9. Juni. **(Mahlscheinausgabe.)** Die Ausgabe der Mahlscheine für die Zeit vom 16. Juni bis 15. August findet auf dem hiesigen Amtsbüro wie folgt statt: Ergste: Donnerstag, den 10. ds. Mts., nachm. 2½ Uhr, Berchum nachm. 4 Uhr, Hennen und Drüpplingsen Freitag, den 11. ds. Mts., vorm. 8 Uhr, Sonnabend, den 12. ds. Mts., vorm. 8 Uhr für die Ortschaften Leckingsen, Reflingsen und Kalthof und Montag, den 14. ds. Mts., vorm. 8 Uhr Rheinen und Dilligst. Die Termine sind genau einzuhalten.

** **Ergste**, 9. Juni. **(Neuaufstellung der Zuckerkundenlisten.)** Für die hiesige Gemeinde hat sich eine neue Aufstellung der Zuckerkundenlisten als notwendig erwiesen. Die Versorgungsberechtigten werden daher aufgefordert, sich am Donnerstag, den 10. ds. Mts., nachm. 2½ Uhr, auf dem hiesigen Amtsbüro zwecks Eintragung zu melden. Wer die Anmeldung unterläßt, kann bei der nächsten Zuckerverteilung nicht berücksichtigt werden.

Aus den Provinzen.

* **Arnsberg**, 8. Juni. **(Kindesaussetzung.)** Nachdem vor etwa 10 Tagen im hiesigen Mühlengraben ein neugeborenes Kind als Leiche vorgefunden, wurde vor einigen Tagen auch ein solches, jedoch noch lebend und sorgsam in Windeln gewickelt, im hiesigen Eichholz aufgefunden. Die Schwestern unseres St. Josephhauses haben sich des armen Wesens erbarmt und es in Pflege genommen.

* **Münster**, 8. Juni. **(Das 10. Opfer.)** Der Student der Zahnheilkunde Leonhard Weißenborn aus Bremen ist an seinen Verletzungen, die er bei dem Explosionsunglück am 27. Mai im Chemischen Institut erlitten hat, gestorben. Das Unglück hat nunmehr zehn Todesopfer gefordert. Die übrigen Verletzten scheinen außer Lebensgefahr zu sein.

* **Hattingen**, 8. Juni. **(Sonderbare Erlebnisse eines Kriegers.)** Auf dem Wege zur Heimat befindet sich der Krieger Robert Hill aus Bredenscheid, dessen Erlebnisse wie ein Roman anmuten. Nach den schweren Kämpfen bei Lodz im November 1914 hörte man zunächst nichts mehr von ihm, bis eines Tages sein Name in der Verlustliste erschien — gefallen. Nachfragen aus der Heimat bei seinem Truppenteil bestätigten diese Meldung. Eines Tages schrieb der „Tote" aus einem Lazarett, daß er verwundet sei. Einige Monate später ging bei dem zuständigen Hattinger Pfarramte auch ein Teil der Sachen des „Gefallenen" ein zwecks Uebergabe an die Angehörigen in Bredenscheid. Kurz darauf folgte sondererbarerweise eine Karte R. Hills aus dem Nikolaispital in Petersburg. Eben genesen, mußte der gefangene junge Krieger die Reise nach Sibirien antreten. Viele Monate vergingen, als die Mutter die Nachricht erhielt, Robert sei nach einem tätlichen Angriff auf einen russischen Wachtposten — gehängt worden. Mehrere Karten des „Gehängten" nach diesem schrecklichen Vorgange bestätigten jedoch seine Anwesenheit unter den Lebenden. Gestern lief eine Karte von ihm ein, datiert aus San Franzisko, 5. Mai, laut welcher der Absender auf der Heimreise nach Europa dort eingetroffen ist.

* **Bonn**, 8. Juni. **(Bestrafung von Vandalen.)** Die Strafkammer verurteilte heute die Arbeiter B. Jungermann und Manero, sowie den Chemiker Zaun wegen Sachbeschädigung an einem Denkmal zu je 2 Jahren Gefängnis. Die drei ersten Angeklagten hatten in der Nacht zum 16. Mai das Denkmal Kaiser Wilhelms I. mit roter Farbe übergossen. Der Chemiker Zaun hatte die Farbe so gemischt, daß sie nach Ansicht der Angeklagten nicht wieder zu entfernen gewesen wäre. Das Denkmal ist inzwischen wieder gereinigt worden.

* **Horn** (Lippe), 8. Juni. **(Bei einer Kahnpartie ertrunken.)** Zwei Herren und eine Dame unternahmen auf dem Teich an den Externsteinen eine Kahnpartie, bei der sie in recht frivoler Weise den Kahn hin und her schaukelten. Plötzlich kippte der Kahn um und die drei Personen fielen ins Wasser. Die beiden Männer konnten sich retten, während die Dame ertrank.

* **Detmold**, 8. Juni. **(Ein niederträchtiges Verbrechen)** begingen zwei Detmolder junge Burschen im Alter von 18 und 19 Jahren, beides Söhne achtbarer Eltern, an einem 16jährigen Mädchen, das von einem Soldaten der Reichswehr nach Hause begleitet wurde. Sie verjagten den Soldaten und fielen dann über die Wehrlose her, der sie einen Dolch auf die Brust setzten, die Hände auf den Rücken banden und dann vergewaltigten. Die beiden Unholde wurden am nächsten Morgen aus den Wohnungen der höchstbestürzten Eltern geholt und verhaftet.

Bunte Chronik.

)(**Gedenkfeier zu Ehren der gefallenen Skageraktkrieger.** Anläßlich des Jahrestages der Schlacht am Skagerrak fand bei den Kriegergräbern auf dem Skagener Kirchhofe (Dänemark) eine stimmungsvolle Feierlichkeit statt, zu der 400 Mann von der deutschen Minensuchflotte erschienen waren. Ein deutscher Offizier und ein Matrose gedachten der Gefallenen, worauf an den Gräbern Kränze niedergelegt wurden. Die Feierlichkeit schloß mit Predigt und Gebet seitens des dänischen Geistlichen in Skagen.

)(**Furchtbares Familiendrama.** Der Stationsvorsteher Lindvall von Lödeköping in Dänemark hat seine Frau und seine vier Kinder erschossen, nachdem er sie chloroformiert hatte. Darauf tötete er sich, indem er eine Dynamitpatrone in den Mund nahm und explodieren ließ.

)(**Eisenbahnunglück in Oberitalien.** Bei der Station Monfalone stieß ein Personenzug, der von Triest kam, in voller Wucht auf einen haltenden Zug, in dem sich eine Gruppe deutsch-österreichischer Heimkehrer befand. Mehrere Waggons wurden zertrümmert, vier Personen getötet, 18 schwer verletzt. Die Ursache des Zusammenstoßes war falsche Weichenstellung.

)(**Folgenschwere Explosion einer Granate.** Auf dem Gelände der Gesellschaft zur Verwertung von Heeresgut in Zweedorf bei Lauenburg, wo Geschosse entladen werden, explodierte eine Granate. Hierdurch wurde ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verletzt. Einem jungen Mädchen wurde ein Bein abgerissen. Alle Verunglückten stammen aus Mölln.

)(**Menschenjagden in Galizien.** Die sozialdemokratische „Oberschlesische Volksstimme" schreibt: „In Galizien finden nun täglich große Menschenjagden statt. Auf offener Straße werden die jungen Burschen, die dem Anschein nach Soldaten sein können, abgefangen und in Konzentrationslager geschleppt. Dort liegen die Armen und werden dann irgendwohin geschafft, ohne daß ihre Angehörigen wissen, was mit ihnen geschieht. Dabei leben wir, wie uns gesagt wird, in einer der freiesten Republiken. Menschen, die vom Kriegführen genug haben, werden mit Gewalt gezwungen, und andere, die sich freiwillig dazu gemeldet haben, treiben sich in Oberschlesien als Räuber herum und erschlagen und verprügeln friedliche Bürger. Schon das Verhalten der Militärpflichtigen sollte den Machthabern in Warschau zeigen, daß man mit dem Willen der Bewohner nicht Schindluder treiben darf. Die Menschen wollen nicht mehr Krieg.

Ein geheimnisvoller Ehezwist

Bleicherode a. H., 8. Juni. Im Nachbardorfe Liprechterode hat die Frau des Bergmanns Gruppe infolge von Familienzwistigkeiten sich in der Bode ertränkt. Der telephonisch vom Selbstmord seiner Frau in Kenntnis gesetzte Ehemann kam gerade hinzu, als man die Leiche seiner Frau auf einen Wagen legte und sie forfahren wollte. Er geriet über diesen Anblick derart in Aufregung, daß er ebenfalls in die Bode sprang. Da er durch Laufen erhitzt war, erlitt er einen Herzschlag und konnte nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden. Das Ehepaar ist seit einem Jahre verheiratet und hinterläßt ein 4 Monate altes Kind.

Die Quäker.

Eine Tat praktischer Menschenliebe übt die amerikanische Religionsgesellschaft der Quäker „d. i. Zitterer" gegenwärtig in einer Reihe deutscher Städte durch Speisung der ärmeren Bevölkerung aus. Besonders aber üben diese praktischen Christen ihre Liebestätigkeit an den durch Milchmangel unterernährten deutschen Kindern aus. Auch in unserer Stadt finden diese kostenlosen Speisungen, wie wir bereits mitteilten, statt. Diese von wahrer Menschenliebe geleitete praktische Ausübung des Christentums wird bei vielen unserer Leser die Frage aufkommen lassen, wer diese Quäker eigentlich sind. Es handelt sich um eine im 17. Jahrhundert in England von G. Fox gestiftete religiöse Gesellschaft, die sich selbst christliche Gesellschaft der Freunde nennt. Ihre Verfassung ist infolge ihres Grundsatzes der Gleichheit durch und durch demokratisch. In England zählt die Sekte etwa 20 000 Mitglieder, während in den Vereinigten Staaten ihre Zahl auf mehr als 200 000 angegeben wird. Ein eigentliches kirchliches Glaubensbekenntnis haben die Quäker nicht aufgestellt. Als Kern ihrer Lehren ist die von einem inneren Gottesliche zu betrachten, das über einen jeden zur rechten Zeit kommt und das als heiliger Geist, als innerer Christus die einzige richtige Quelle der Gotteserkenntnis und eines wahrhaft christlichen Lebens ist. Sie erkennen zwar nicht die Erbsünde an, wohl aber die allgemeine Sündhaftigkeit des Menschen; sie glauben an die Gottmenschheit Christi, sehen jedoch im Kreuzestode Jesus nicht die Erlösung, sondern sie glauben, daß durch diesen Opfertod das innere Licht wieder zur Wirkung im einzelnen Menschen gelangt. Die Quäker haben keinen besonderen christlichen Stand und verweigern die Abgaben an Kirchen und Geistlichkeit. Ihr öffentlicher Gottesdienst in schmucklosen Bethäusern übertrifft an Einfachheit den Kultus jeder anderen Sekte. In diesen Gottesdiensten harrt die Gemeinde schweigend, bis sich irgend jemand, sei es Mann oder Weib, berufen fühlt zu beten und zu predigen. Sie verwerfen die Kindertaufe und das Abendmahl und erkennen nur die innere Geistestaufe an. Ihre Sittlichkeitslehre verwirft den Eid, den Kriegsdienst und alle Lustbarkeiten, wie Tanz, Jagd, Theater, Spiel und das Lesen von Romanen. Daß bei ihnen die praktische Ausübung des Christentums unter Verschmähung jeder Form und Formel das wichtigste ist, beweist das gewaltige Liebeswerk, das sie aus eigenen Mitteln an dem hungernden und schwer geprüften deutschen Volke ausüben.

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Depeschendienst.

Das Rätsel der Kabinettsbildung.

TU Berlin, 9. Juni. Der „B. Z." zufolge läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen, welche Zeit die Neubildung der Regierung beanspruchen wird. Vielleicht wird sich das neue Kabinett mit gewissen Personalveränderungen aus der gegenwärtigen Koalition zusammensetzen. Ein solches Kabinett erscheint aber zu schwach für die Verantwortung, die es für die kommenden Verhandlungen mit der Entente vor dem deutschen Volke zu tragen hätte. Deshalb tritt die Notwendigkeit zu Tage, eine neue Koalition von Parteien zu schaffen. Dabei tritt das Bestreben in den Vordergrund, wieder eine Koalition der Parteien nach der Mitte zu suchen.

Die deutsche Volkspartei zur Regierungsbildung bereit.

TU Berlin, 9. Juni. Wie der „Berl. Lok.-Anzeiger" erfährt, sind in Berlin bereits führende Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei eingetroffen, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Wie das Blatt aus diesen Kreisen erfährt, ist die Deutsche Volkspartei grundsätzlich bereit, sich an einer Regierung zu beteiligen, in der auch die Mehrheitssozialisten sitzen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Partei ihren Grundsätzen treu bleiben kann. Man vertritt innerhalb der Deutschen Volkspartei die Ansicht, daß sie mit den Deutschnationalen durch den nationalen Gedanken aufs engste verbunden ist. Aus diesem Grunde würde man großes Gewicht darauf legen, daß auch die Deutschnationalen in eine Koalition eintreten, an der auch die Volksparteiler teilhaben.

Landtagswahl in Anhalt.

TU Dessau, 9. Juni. Bei der Landtagswahl wurden folgende Stimmen abgegeben: Unabhängige 31430, Demokraten 26 427, Deutschnationale 28 990, Deutsche Volkspartei 23 121, Mehrheitssozialisten 61 372. Es erhalten demnach die Unabh. 7, Soz. 13, die Demokraten 6, die Deutschnationalen 6, die Deutsche Volkspartei 5 Mandate. Es verlieren die Mehrheitssozialisten 9, die Demokraten 6, und es gewinnen die Deutschnationalen 4, die Unabhängigen 3, die Deutsche Volkspartei 5 Sitze.

Heimkehr aus rumänischer Gefangenschaft.

TU Berlin, 9. Juni. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt der „T.-U." mit: Der Lazarettzug 5, der am 18. April 1920 zur Abholung deutscher Kriegsgefangener nach Bukarest abgesandt worden war, ist mit 489 deutschen Kriegsgefangenen in Deutschland wieder eingetroffen. Die Heimkehrer wurden dem Durchgangslager Ueiße zugeführt.

Der Termin für die Abstimmung in Ostpreußen.

TU Berlin, 9. Juni. Nach einer Meldung der „Telegraphen-Union" ist als endgültiger Termin für die Abstimmung in Ostpreußen der 11. Juli festgesetzt worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieses Datum auch für die Abstimmung in Westpreußen Geltung haben.

Freilassung aller Deutschen in den befreiten Gebieten.

TU Paris, 9. Juni. Der „Matin" meldet, daß die Gerichte der befreiten Gebiete Befehl erhalten haben, diejenigen deutschen Bürger auf freien Fuß zu setzen, die nach dem 10. Januar 1920 verhaftet worden sind, gleichviel welcher Verbrechen sie angeklagt waren.

Eine neue deutsche Note wegen der Schiffsablieferungen.

TU Berlin, 9. Juni. Die deutsche Regierung hat an die Wiedergutmachungskommission in Paris eine neue Note fertig gestellt, die bereits am 4. 6. den Ententevertretern überreicht worden ist. Die Note weist noch einmal auf die Schwierigkeiten in der Frage der Ablieferung des deutschen Schiffsraumes hin.

Antisemitische Exzesse in Budapest.

TU Wien, 9. Juni. Die Budapester Zeitungen melden, daß es am 2. Juni in Budapest wieder Ausschreitungen gegen die Juden gegeben hat. Eine Gruppe von ungefähr 50 Leuten vertrieb die Juden, die an der Donau spazieren gingen. Dann drangen die Leute in den Speisesaal des Hotels „Hungaria" ein, wo sie mehrere Gäste blutig schlugen, darunter einen 78jährigen Mann. Die Gäste ergriffen die Flucht. Einigen höheren Offizieren gelang es schließlich, die Führer der Bande festzunehmen und sie der Polizei zu übergeben.

Verschärfung des finnisch-schwedischen Konflikts.

TU Basel, 9. Juni. Der Konflikt zwischen Schweden und Finnland hat sich in den letzten 24 Stunden aufs äußerste zugespitzt. Die Nachrichten aus Helsingfors lassen keinen Zweifel übrig, daß Finnland mit Waffengewalt die Unantastbarkeit seines Landes verteidigen will. Militärisch dürfte Finnland Schweden bedeutend überlegen sein. Allein an Artillerie besitzt es mehr größtenteils von den Russen erbeutete Geschütze als die drei nordischen Länder zusammen. In Dänemark hofft man, daß die beiden andern nordischen Regierungen vermittelnd eingreifen werden. Von wohlunterrichteter Seite wird versichert, daß die Alliierten in der Alandsfrage nicht entscheiden wollen. Gewaltige finnische Truppenmassen werden nach Aland abgesandt, wo man einen Aufruhr erwartet.

Sturm auf das deutsche Konsulat in Täbris

TU London, 9. Juni. Aus Täbris wird gemeldet, daß das dortige deutsche Konsulat von Anhängern der persischen Demokraten belagert wurde. Es wurde die Auslieferung der verschiedenen dort verhaftet gehaltenen persischen Bolschewisten verlangt. Der Konsul ließ mit einem Maschinengewehr auf die Menge schießen, worauf diese das Feuer erwiderte und ins Konsulat eindrang. Der Konsul hatte inzwischen Selbstmord verübt.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Fried. Krumm. Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerte.

Verordnung

des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Düsseldorf nötigen weiteren Maßnahmen.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für die Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf in Ergänzung meiner Verordnung vom 11. Januar 1920 folgendes:

§ 1.

Die in den §§ 307, 311, 312, 315 des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach Verkündung dieser Verordnung in den gefährdeten Bezirken begangen worden sind.

Unter der gleichen Voraussetzung kann in den Fällen des § 115, Abs. 2 und § 125, Abs. 2 des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, wenn der Täter die dort bezeichneten Handlungen mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit Bewaffneten begangen hat.

§ 2.

Durch Anordnung des Reichswehrministers können in dem gefährdeten Bezirk oder für Teile des Bezirks außerordentliche Kriegsgerichte gebildet werden.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte bestehen aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende und Beisitzer werden von dem Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt. Die müssen zum Richterstand befähigt sein.

Der Reichswehrminister bestimmt, wer die Tätigkeit der Anklagebehörde übernimmt.

§ 3.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind zuständig:

1. die für die in Teil 2, Abschnitt 1, 4, 5, 6, 7, 8, 20, 27, 28 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Verbrechen und Vergehen
2. für die Verbrechen und Vergehen gegen §§ 211 bis 215, 223a bis 229, 240, 241, 243, 258 bis 262 des Strafgesetzbuches
3. für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz, gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen
4. für die Zuwiderhandlung gegen die auf Grund des § 4 der obengenannten Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 erlassenen Anordnungen, wenn die Tat nach der Verkündung dieser Verordnung begangen oder fortgesetzt worden ist.

Die Anklagebehörde kann Fälle, deren schleunige Erledigung keine Bedeutung hat oder undurchführbar ist, den ordentlichen Gerichten überweisen. Diese Ueberweisung kann auch vom außerordentlichen Kriegsgericht beschlossen werden.

§ 4.

Auf das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten finden die Bestimmungen des Gerichts-Verfassungs-Gesetzes und der Straf-Prozeß-Ordnung Anwendung mit folgenden Maßnahmen:

Die Frist des § 216 der Straf-Prozeß Ordnung wird auf 24 Stunden festgesetzt, sie läuft von der Stunde der Mitteilung der Anklageschrift an. Wenn der Angeklagte geständig ist, kann von der Zustellung einer Anklageschrift abgesehen werden. Auf die Verhandlung findet § 244 Abs. 2 der Straf-Prozeß-Ordnung Anwendung. Gegen das Urteil ist kein Rechtsmittel zulässig. Ueber Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das im ordentlichen Verfahren zuständige Gericht. Die Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten findet auch dann statt, wenn Tatsachen oder Beweismittel beigebracht werden, die es notwendig erscheinen lassen, die Sache im ordentlichen Verfahren nachzuprüfen. Ist der Antrag auf Wiederaufnahme begründet, so ist die Hauptverhandlung vor dem zuständigen ordentlichen Gericht anzuordnen. Die Todesstrafe wird durch Erschießen vollstreckt. Die Vollstreckung ist erst zulässig, wenn die Entschließung des Reichspräsidenten ergangen ist, von dem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen. Die Vorschrift des § 403 der Straf-Prozeß-Ordnung bleibt unberührt.

§ 5.

Im Falle eines Aufruhrs oder Landfriedensbruchs kann der Reichswehrminister zur Aburteilung der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Verbrechen die Bildung von Standgerichten anordnen.

Das Standgericht wird durch den Befehlshaber der mit der Bekämpfung der Unruhen betrauten Truppe gebildet. Es besteht aus 3 unbescholtenen Personen, die über 20 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein Offizier der Truppe.

Dem Angeklagten ist ein Beistand zu bestellen. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Angeklagten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe lauten. Es unterliegt keinem Rechtsbehelf. Es bedarf der Bestätigung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt und wird nach der Bestätigung durch Erschießen vollstreckt.

Liegt nach der Ansicht des Standgerichts zur Verhängung der Todesstrafe kein Anlaß vor, oder kann die Entscheidung nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen oder wird das Urteil nicht bestätigt, so ist die Sache an das außerordentliche Kriegsgericht oder, wenn ein solches nicht besteht, an die Staatsanwaltschaft bei dem ordentlichen Gerichte abzugeben.

§ 6.

Die Wirksamkeit der außerordentlichen Gerichte und der Standgerichte endet mit der Außerkraftsetzung dieser Verordnung, soweit diese Gerichte nicht schon früher aufgehoben werden. Nach diesem Zeitpunkt sind die bei ihnen erwachsenen Verhandlungen an die Staatsanwaltschaften bei den ordentlichen Gerichten abzugeben. In den noch anhängigen Strafsachen ist das ordentliche Verfahren einzuleiten. Das gleiche hat in den Strafsachen zu geschehen, in denen ein noch nicht vollstrecktes Todesurteil erlassen worden ist.

§ 7.

Die Verordnung ist sofort in sämtlichen Gemeinden des Bezirks in ortsüblicher Weise bekannt zu geben.

Berlin, den 13. Januar 1920.

Der Reichspräsident: 3421
gez. Ebert.

Der Reichskanzler: gez. Bauer. **Der Reichswehrminister:** gez. Noske.

Zusätze des Reichswehrministers.

Ich übertrage die vollziehende Gewalt gemäß § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 dem Befehlshaber des Wehrkreisbezirks VI, der diese Verordnung im Bedarfsfalle in Kraft zu setzen hat.

Die in § 2 vorgesehenen außerordentlichen Kriegsgerichte und die in § 5 vorgesehenen Standgerichte sind zu bilden. Die Anklagebehörde gemäß § 2 bestimmt der Befehlshaber des Wehrkreises VI.

Zum Regierungskommissar ernenne ich den Reichs- und Staatskommissar Severing.

gez. Noske.

Zusätze des Befehlshabers.

1. Die Verwendung des Militärs zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Durchführung der Gesetze geschieht nach meinen Befehlen. Mit der Durchführung der sich aus der Erklärung des Ausnahmezustandes ergebenen Maßnahmen beauftrage ich die Kommandeure der Reichswehr-Brigaden 31 und 7.

2. Zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches ist nach dem Gesetz vom 4. Dezember 1916 gegen jeden Deutschen die Anordnung der Haft oder eine Aufenthaltsbeschränkung zulässig.

3. **Der unbefugte Besitz von Waffen und Munition wird nach der Reichsverordnung über den Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 bestraft.**

4. Gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 wird bestraft:

Wer Gegenstände, welche zum Betrieb oder zur Aufrechterhaltung des Betriebes von industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen für die Allgemeinheit wichtigen Unternehmen (insbesondere Eisenbahnen, Straßenbahnen, Bergwerke, Wasserstraßen und dergl.) erforderlich sind, beschädigt, zerstört oder unbrauchbar macht oder dazu auffordert, sowie wer eigenmächtig in einen solchen Betrieb eingreift oder andere zum Eingreifen anreizt oder auffordert, auch wenn damit eine Beschädigung, Zerstörung oder Unbrauchbarmachung nicht verbunden ist.

Wer Personen aus Anlaß ihrer Zugehörigkeit oder früherer Zugehörigkeit zu den Regierungstruppen, einer Sicherheits- oder Einwohnerwehr oder der technischen Nothilfe durch Wort, Schrift oder irgendwelche sonstige Handlungen bedroht, beleidigt oder in ihrem Fortkommen behindert oder andere hierzu aufreizt oder auffordert, oder eine der genannten Handlungen gegen Familienangehörige dieser Personen begeht, wer Druckschriften und Flugblätter, in welchen gegen die Regierungstruppen, Sicherheits- und Einwohnerwehren und technische Nothilfe oder deren Familienangehörigen aufgereizt wird, anfertigt oder verbreitet.

Wer als männliche Person im Alter vom vollendeten 17. bis 50. Lebensjahre sich weigert, im Bedarfsfalle auf Anweisung der Gemeindebehörden Notstandsarbeiten in allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Betrieben zu leisten.

Wer vom unberechtigten Vorhandensein von Waffen und Munition Kenntnis erhält und es versäumt, unverzüglich die Polizeibehörde zu benachrichtigen.

Wer ferner gegen nachstehende Bestimmungen verstößt:

Bei Tag und Nacht darf keine Ansammlung von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden. Der Aufenthalt auf Straßen und öffentlichen Plätzen nach 11,30 Uhr abends ist verboten; Ausnahmen bewilligt der örtliche Militärbefehlshaber. Sämtliche Schankstätten sind spätestens 11 Uhr abends zu schließen. Früherer Schluß kann durch die örtlichen Militärbehörden oder, wo solche nicht am Orte sind, durch die Ortspolizeibehörde angeordnet werden.

5. Haussuchungen und Verhaftungen können von den dazu berechtigten Behörden zu jeder Zeit vorgenommen werden.

6. Die Genehmigung von Umzügen und Versammlungen ist nach meinen Verfügungen I c No. 2230 und I c 187 zu regeln.

7. Die Pressefreiheit wird insofern nicht beschränkt, als auf die Vorlegung der politischen Zeitungen zur Zensur im allgemeinen verzichtet wird, jedoch ist die Drucklegung, der Vertrieb und die sämtlichen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate kommunistischer und syndikalistischer, anarchistischer und von der Allgemeinen Arbeiter-Union ausgehender Richtung verboten. Zuwiderhandelnde sind nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 zu bestrafen.

8. Zur Untersuchung und Aburteilung der in § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten genannten Verbrechen, Vergehen und Zuwiderhandlungen wird ein außerordentliches Kriegsgericht in Münster, Arnsberg, Dortmund, Hagen, Bochum, Wesel, Düsseldorf, Elberfeld und Essen eingerichtet.

9. Standgerichte sind im Bedarfsfalle zu bilden.

Münster, 17. Januar bezw. 15. März 1920.

Der Befehlshaber des Wehrkreises VI.
gez. Fr. von Watter, Gen.-Leut.

Diese Verordnung ist in Kraft getreten: Für Regierungsbezirk Düsseldorf am 17. Januar 1920, Arnsberg und Münster am 15. März 1920.

Vorstehende Verordnung wird hiermit bekannt gemacht mit dem Bemerken, daß die Bestimmungen über die Kriegsgerichte, sowie die Zusätze des Befehlshabers, soweit letztere im einzelnen nicht durch besondere Verordnung aufgehoben sind, noch in Kraft sind.

Schwerte, den 8. Juni 1920.

Die Polizei-Verwaltung:
Rohrmann.

Lichtspiele zur Reichskrone.

2 Tage! Mittwoch und Donnerstag

Das große Programm

Die schwarzen Diamanten

nach dem berühmten Roman von Maurus Jokay in 8 blendenden, spannenden Akten.

Die schwarze Loge.

Schauspiel in 4 Akten von Carl Schneider In der Hauptrolle Lori Laux u. Alfred Abel.

Schwerter Sportvereinigung 06.

Donnerstag, den 10. Juni, abends 8½ Uhr im Vereinslokal Hotel Kaiserhof:

Monats-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erforderlich. 3465

Der Vorstand.

Wirtschaft

mit ca 2 Morgen Land auf sofort zu vermieten. 3429

J. Krimmelbein.

Ein fast neuer 3412

Dauerbrenner

(Ofen). Fortzugshalber zu verkaufen. 3412

Hörderstrasse 43.

Hahn mit 6 Hühnern

(weiße Italiener) zu verk.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle dieser Zeitung. 3405

Kräftige Runkel- und Stecklingspflanzen

zu verkaufen. 3410

Franken, Fierlohnerstr. 89

1 guterhaltene 2694

Accordzither

preiswert zu verkaufen.

Zu erfr. i. d. Geschäftsstelle.

2 Glucken

zu kaufen gesucht.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Tüchtiger 3470

Anstreichergehülfe

gesucht.

Heinrich Kersebohm, Westhofen, Hochstr. 28

Zuverlässige u. ehrliche

Zeitungsfrau

sofort gesucht.

Zu melden 3100

Buchhandl. Fieseler, Schwerte, Hüstingstr. 6.

Suche zum 1. Juli, spätestens 15. Juli, ein tüchtiges, ehrliches 3416

Mädchen

für alle Hausarbeiten.

Drogerie Max Mehlhose.

Ehrliches, evangelisches

Mädchen

von 14—17 Jahren für sofort oder später gesucht.

Herberge „Zur Heimat" Lichtstraße 4. 3418

Dresdner Bank

Hagen i. W., Bahnhofstraße 39
Depositenkasse Wetter, Kaiserstraße 37.

Laufende Rechnungen
Scheck-Konten :: Einlage-Konten
Einziehung von Dokumenten
Beschaffung von Akkreditiven 2465

An- und Verkauf von Kuxen, Aktien und Obligationen.

Die Steuerkurszettel per 31. Dezember 1919 (Reichsnotopfer) liegen bei uns auf.

Goldwaren und Schmucksachen

Moderne Colliers, Medaillons, Anhänger in jeder Art, Damenringe und Herrenringe in den modernsten Formen, Broschen und Ohrgehänge, Armbänder, Kreuze, Vorsteckkandeln, Damen- und Herren-Uhrketten in 10 verschiedenen Qualitäten. Brillant-Ringe, Brillant-Broschen, Brillant-Ohrgehänge etc.

Sehr grosse Auswahl Billigste Preise

A. Eick & Comp.

Balkenstrasse 25—28 DORTMUND Balkenstrasse 25—28
beim Bezirks-Kommando.

Armband gefunden

Schwerte, 8. Juni 1920. 3423

Die Polizei-Verwaltung



Wie ist es möglich, eine Rückgratverkrümmung zu bessern, zu heilen? Illustr. Broschüre geg. Einsendg. von 2 Mk. von Franz Mentzel Blasewitz 559 bei Dresden

Gallensteine!

beseitigt schmerzlos innerhalb 24 Stunden unser Gallamit Prospekte mit vielen Dankschreiben gratis Beumers & Co. Köln Salierring 55

Gummi-Mäntel

garantiert wasserdicht

C. Rüller sen.

Münster i. W. 617

Klavier und Harmonium

Stimmen, Reparaturen, Aufpolieren

Gendrong

Schwerte 143

Brückstrasse 9.

Fallen Ihnen die Haare aus? So machen Sie Gebrauch von 1631

Lotion Pivoine

Großartiger Haarbeförderer. Hemmt sofort jeden Haarausfall, verhindert das Jucken der Kopfhaut, Schuppenbildung und Schinnen. Große Fl. 7 Mk. Prospekte gratis und franko. Zu bez. von G. Czuczkus Chem.-pharm. und kosm. Präparate. Frankfurt am Main 104 Gielenstr. 11.

Fensterleder-Papier

hochfein fettdicht

auch zum Einschlagen von Eßwaren vorrätig.

Carl Braus

Bekanntmachung.

Hauseigentümer welche beabsichtigen, die Müllabfuhr durch die Stadt vornehmen zu lassen, werden ersucht, sich im hiesigen Rathause, Zimmer Nr. 24, zu melden und in die Liste eintragen zu lassen.

Bedingungen liegen ebendaselbst zu jedermanns Einsicht auf. 3418

Schwerte, den 7. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der städtische Arbeitsnachweis Schwerte Hörderstraße Nr. 35 — Telephon Nr 70, 77 und 83 — vermittelt unentgeltlich Arbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Auch für Hausangestellte (Gesinde) wird die Vermittelung übernommen.

Allen Arbeitgebern wird empfohlen, bei Bedarf an Arbeitskräften den Arbeitsnachweis stets in Anspruch zu nehmen.

— Geschäftsstunden werktäglich —
vormittags von 8 — 12½ Uhr
nachmittags von 2½ — 6 Uhr
Mittwoch nachmittags ist geschlossen.

Schwerte, den 7. Juni 1920. 8417

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die bisherige Gemeindejagd der Gemeinde Lichtendorf soll vom 1. August 1920 ab in zwei getrennte Jagdbezirke öffentlich auf die Dauer von 6 Jahren an Gemeinde-Eingesessene verpachtet werden.

Termin hierzu wird auf Sonnabend, den 3. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr, in der Wirtschaft der Witwe Hauske zu Eichholz anberaumt.

Die der Verpachtung zu Grunde liegenden Bedingungen liegen vom 10. ds. Mts. ab 14 Tage lang in der Wohnung des Unterzeichneten offen.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der Auslegungsfrist Einspruch beim Kreisausschuß in Hörde erheben.

Lichtendorf, den 4. Juni 920. 3422

Der Jagdvorsteher: Kötter.

Gras-Verkauf!

Am Samstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr anfangend, läßt Herr Gutsbesitzer Fr. Schröder zu Villigst — an der Ruhrbrücke

3 Morgen sehr guten Graswuchs

(beide Schnitte) nummerweise meistbietend zum Verkauf aussetzen. 3411

Schwerte. Heinr. Böcker, Auktionär.

Pfiffikus

grün, violett, blau, gold

ist garantiert reiner Uebersee-Tabak in geschmackvollen ⅛ Pfund Packungen von der seit ca. 100 Jahren bestehenden Tabakfabrik August Heye, Lippstadt, hergestellt. Bei Abnahme von 10 Pfund an 2591 wesentliche Preisermässigung.

General-Vertreter u. Fabrik-Niederlage:
Manchwitz & Ostermann, Hagenerstr. 1

Syndetikon

in Tuben (klebt, leimt, kittet alles).

Ferner

Büroleim

in bester Qualität sehr preiswert.

Buchhandlung Carl Braus.